Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)
6. Legislatur-Periode. 1. Session.
29. Sitzung vom 20. Jan.

Am Tische des Bundesraths: v. Caprivi, v. Burchard.
Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min.

Eingegangen ist ein Aktenstück betr. Deutsche Land-Reklamationen auf Fidji.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Griechenland.

Abg. Menzer (konserv.) spricht den verbündeten Regierungen seinen Dank für die Vorlage aus. Griechenland ist gegenwärtig im Aufblühen begriffen. Ein Volk, das nach Jahrhunderte langer Nothlage es fertig bekommt innerhalb eines halben Jahrhunderts seine Hauptstadt von einem elenden Dorfe von 5000 Einwohnern zu einer modernen Stadt von 85,000 Einwohnern emporzubringen, ist wirthschaftlich gesund. Ein großes Straßennetz ist angelegt worden, die Eisenbahnen sind vermehrt worden. Bisher hat leider Deutschland an dem industriellen Aufschwung Griechenlands sich wenig betheiligt, unserer Industrie steht dort noch ein großes Feld offen, sie wird mit Leichtigkeit die dortige Konkurrenz aufnehmen können. Unsere Regierung hat das herrliche Olympia ausgraben lassen und dadurch unsere Sympathien für Griechenland erwiesen. Nicht minder groß ist der deutsche Einfluß auf die griechischen Verhältnisse, überall findet man deutsche Kaufhäuser und dergl. Das größte Handelshaus in Griechenland ist ein deutsches. Auf unseren deutschen Universitäten studiren zahlreiche junge Griechen, die deutschen Sinn und deutsches Wissen immer mehr in Griechenland verbreiten. Der Boden für uns ist geebnet — der vorliegende Entwurf wird uns weiteres Terrain erwerben. (Beifall rechts.)

Abg. Brömel: Der vorliegende Vertrag erinnert in vielen Beziehungen an den mit Spanien, auf einige Bestimmungen des Vertrages können wir freilich nur mit geringerer Befriedigung blicken. Aber bei der gegenwärtigen Zollpolitik war die Situation für die Regierung eine schwierige und wir müssen die Regierung beglückwünschen, daß sie trotzdem noch so günstige Resultate in diesem Vertrage erzielt hat, nur glaube ich, daß man diese günstigen Resultate doch überschätzt hat. Daß die Einfuhr von Wein, Sprit ꝛc. nach Griechenland zollfrei gestattet wird, ist weniger ein Verdienst der deutschen Regierung, als die Folge der griechischen Gesetzgebung. Erwünscht wäre Auskunft darüber, ob auch noch andere Staaten derartige Verträge mit Griechenland abgeschlossen haben: die Meistbegünstigungsklausel würde eventuell dann eine erhöhte Bedeutung gewinnen. Es ist bisher üblich gewesen, derartige Handels-Verträge stets im Plenum zu erledigen. Zu bedauern ist freilich, ob sich diesmal nicht eine Kommissionsberathung empfehlen dürfte. — Vielleicht wäre es möglich gewesen, größere Vortheile zu erringen, wenn Deutschland sich zu größeren Konzessionen bereit gezeigt hätte. Dem Manne mit den zugeknöpften Taschen, als welcher Deutschland jetzt erscheint, wird freilich niemand etwas zu Liebe thun. Wir können den bisherigen Handelsverträgen von Herzen zustimmen, aber die 1879 gegebene Zusicherung, daß es fortan möglich sein würde, günstigere Handelsverträge abzuschließen, hat sich nicht erfüllt. Will die Regierung großes erreichen, so mag sie einmal daran gehen, einen wirksamen Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten abzuschließen. Aber die Tendenz, die Waaren in großen Massen in Schleuderpreisen auf den Markt zu werfen, kann nur schädlich wirken. Was wir bisher an Handelsverträgen gehabt haben, war bisher nichts als ein Flickwerk — lassen Sie uns endlich etwas Vollendetes sehen. (Beifall links.)

Geh. Ober-Reg.-Rath Schraut: Ich glaube doch nicht, daß der gegenwärtige Handelsvertrag zu den Bedenken Anlaß geben kann, die der Vorredner trotz aller Anerkennung ausgesprochen hat. Der Vorredner vergißt, daß die Verhandlungen seit Oktober 1884 schweben. Erst nachdem wir für uns die günstigen Tarifbedingungen erwirkt hatten, hat Griechenland eine allgemeine, dementsprechende Veränderung vorgenommen. Gerade dieser Handelsvertrag zeigt doch am deutlichsten, daß die Frage des Freihandels nichts damit zu thun hat.

Die erste Berathung wird geschlossen und der Vertrag sodann in zweiter Lesung ohne Diskussion angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Etats der Verwaltung der Marine.

Referent Abg. Rickert: Die Berathung des Marine-Etats in der Kommission hat diesmal längere Zeit beansprucht als sonst, da es sich diesmal um eine Mehrforderung von 6 Millionen Mark handelte. Wir haben vor der Berathung in der Kommission eine Reihe von Fragen an den Marineminister gerichtet, deren Beantwortung in einer Denkschrift des Chefs der Admiralität Ihnen vorliegt. Von den 6 Millionen Mark kommen auf Personalvermehrung infolge des Gesetzes vom 18. April 1884, auf den Invalidenfonds, die Schiffsverpflegung und Werftbetrieb 5,553,000 M. Es kommen mithin nach der Erklärung der Denkschrift auf den organisatorischen Ausbau und die Weiterentwickelung der Marine nur eine halbe Million Mark, während also 5½ Million eine direkte Folge des vom Reichstag angenommenen, durch eine Denkschrift erläuterten Gesetzes und des durch die Kolonialpolitik gesteigerten Gebrauchs der Marine darstellen. Die Kommission hat trotz mancherlei Bedenken doch angesichts der vorliegenden Thatsachen sich einmüthig entschlossen, diese Mehrforderungen zu bewilligen.

Abg. Frhr. zu Frankenstein: Meine politischen Freunde haben in der Kommission die sämmtlichen Positionen in voller Höhe bewilligt, wir behalten uns jedoch vor, im Plenum zu stimmen je nach den Aufschlüssen, die wir hier erhalten. Wir sind der Ansicht, daß die Grenzen der ursprünglich beabsichtigten Kolonialpolitik bereits überschritten sind. Wir glauben, daß die Kolonialpolitik nur einem geringen Theile der Bevölkerung zu gute kommen wird, in ihren Kosten aber vom ganzen Volke bestritten werden muß. Wenn wir für den Etat der Marine stimmten, so geschieht es um die Ehre der deutschen Flagge zu wahren, nicht aber wollen wir damit eine Billigung der Kolonialpolitik ausgesprochen haben. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Stauffenberg: Wenn wir diesmal für den Marineetat stimmen, so binden wir uns doch dadurch nicht die Hände für die Zukunft. Es wird fortan ein Gleichgewicht zwischen den Aufwendungen für die Marine und das Landheer herzustellen versucht werden müssen. Wir können heute nicht ziffermäßig feststellen, wieviel von den mehr geforderten sechs Millionen durch die Kolonialpolitik erfordert wird, wir müssen uns auch hier vorbehalten, für die Zukunft die Forderungen für das Kolonialwesen beim Militäretat zu begrenzen.

Abg. Hänel-Sleve: Aus den gehörten Erklärungen sehe ich, daß das Kolonialfieber doch noch nicht so sehr im Hause grassirt wie ich befürchtet habe. Aber wenn Sie heute den Etat bewilligen in der geforderten Höhe, so werden Sie im nächsten Jahre nicht mehr zurück können. So lange bei uns im Lande noch so viel zu thun und zu kolonisiren ist, sollten Sie nicht nach Afrika gehen. Der Reichskanzler sollte erst das Recht auf Arbeit einführen, er sollte kolonisiren, indem er das Land urbar macht, indem er in Nord-Deutschland das Kanalnetzen verbessert. Wollte der Kanzler Kolonialpolitik innerhalb Deutschlands treiben, so könnte er wirklich die Zahl der konsumptionsfähigen Leute im Lande erhöhen und die Landwirthschaft stärken. Ich begreife nicht, weshalb man jetzt, wo der blutige Zusammenstoß in Kamerun stattgefunden, glaubt für die Kolonialpolitik eintreten zu müssen — für mich ergiebt sich gerade das Gegentheil daraus. Auch Lassalle war Kolonialschwärmer, aber er wollte kolonisiren in den Donauländern. Aber er meinte auch, kolonisiren könne nur eine deutsche Republik. Jetzt liegt die Gefahr nahe, daß die Regierung, die mit einem Auge nach Afrika blickt, nicht die genügende Aufmerksamkeit für die Reform der sozialen Verhältnisse in Deutschland selbst haben wird. Wir werden daher gegen jede Position stimmen, die durch die Kolonialpolitik bedingt ist.

Abg. v. Helldorf: Abg. v. Stauffenberg sagt, er wolle den Etat der Marine diesmal bewilligen, ohne sich für die Zukunft die Hände zu binden. Aber darüber dürfen wir uns doch nicht unklar bleiben, daß die Bewilligung dieses Etats ihre Konsequenzen haben muß und wird. Wir müssen doch auch bedenken, zu welcher Zeit dieser erste Schritt in der Kolonialpolitik gemacht wird und wir müssen dafür sorgen, nicht den richtigen Moment des Eintritts zu verfehlen, einen Moment, wie er so günstig vielleicht nie wieder kommt (Beifall rechts.) Wenn man meint, nur die Rhederei würde von dieser Politik Vortheil haben, so vergißt man doch ganz die Vortheile eines erhöhten Exports, jetzen günstige Einwirkung auf alle sozialen Verhältnisse doch nicht geleugnet werden kann. Wenn wir uns vor jeder Kolonialpolitik ängstlich zurückhalten wollen, dann, meine Herren, ist unsere Marine viel zu theuer (Sehr war! rechts) erst wenn die Marine den Handel schützt und erweitert, dann ist sie uns nützlich (Beifall rechts).

Abg. Richter: Was die Deutschen im Auslande von der Kolonialpolitik denken, kümmert mich wenig. Sie zahlen an den Kosten nicht mit, sie sind zum Theil aus recht eigennützigen Gründen fortgegangen. Herr Hänelever hat Unrecht, gegen das Kolonialfieber der anderen Parteien zu eifern, während seine Partei im Glashause der Dampfersubvention sitzt. Wir stehen dem Marineetat und seinen Forderungen deshalb geneigt gegenüber, weil die Ehre der deutschen Flagge in Kamerun engagirt worden ist. Auch der größte Gegner der Kolonialpolitik könnte jetzt nicht die Mittel verlagen, um die Flotte dort zu stützen. Wenn erst bei Beginn solcher Unternehmungen die deutsche Marine ihre Kampfestüchtigkeit erwiesen, dann ist zu hoffen, daß sie fortan ohne Kampf respektirt werden wird. Sonst müßte ja an jeder erworbenen Küste ein Kriegsschiff stehen — das würde zehnmal so theuer sein, als der erhöhte Export uns einbringen kann. Wenn der Vorredner meint, der Herr Reichskanzler habe sich in der Verkündigung seiner Kolonialpolitikziele jene Reserve nur aufgelegt aus diplomatischer Rücksicht auf das Ausland, so muß ich energisch dagegen protestiren, denn nur auf jener Reserve der Kolonialpolitik, von der der Reichskanzler gesprochen, beruht die ganze zustimmende Haltung unserer Partei. Was nun die Entwickelung unserer Marine betrifft, so hat der Reichskanzler gemeint, er wolle damit nicht der von Frankreich und England gleichkommen. Auch in dieser Beziehung stimme ich dem Reichskanzler zu und glaube, daß diese Beschränkung im Interesse des Landes und der Marine selbst liegt. (Beifall links.)

Abg. Dr. Böttcher (nat.-lib.): Wir sind gewohnt, wenn die Centrumspartei eine besonders feierliche Erklärung abgiebt, dann die Ehre zu haben, den Abg. v. Frankenstein zu hören. So erhält die heutige Erklärung des Centrums wieder einen besonders feierlichen Charakter. Eine Verstärkung der Marine über die diesmalige Höhe — eine Befürchtung, von der das Centrum ausgeht — ist aber gar nicht beabsichtigt. Unberechtigt ist die Entschiedenheit, mit der Abg. v. Frankenstein es aussprich, daß die Vortheile der Kolonialpolitik nur einem kleinen Theile der Bevölkerung zu Gute kommen würde. Ich begreife nicht, wie das Centrum bestreiten kann, daß eine Vermehrung des Exporthandels auch indirekt der Landwirthschaft zu gute kommen muß. — Auch glaube ich, daß die Kolonialpolitik keineswegs die Sozialreform schädigen wird: man kann sehr gut das Eine thun, ohne deshalb das Andere zu lassen. Daß die Kolonialpolitik nicht umsonst gemacht werden kann, daß sie Geld kostet, ist doch natürlich. Wir sind nicht leichten Herzens an die Frage herangetreten, aber um großen und ganzen hält meine Partei die Kolonialpolitik für eine Nothwendigkeit und einen Vortheil. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. v. Helldorf hält dem Abg. Richter gegenüber an seinen früheren Ausführungen fest.

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode (kons.): Ich gebe zu, daß die Landwirthschaft am wenigsten von der Kolonialpolitik zu hoffen hat. Stände unsere Partei auf jenem eigennützigen Standpunkte, den man uns stets vorhält, so müßten wir der Frage ganz kühl gegenüberstehen. Wir treten aber für die Frage ein, weil uns am höchsten das allgemeine Interesse gilt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Mir würde diese Aeußerung weit mehr imponiren, wenn sie nicht zu einer Zeit käme, wo die Erhöhung der Kornzölle bevorsteht. Mich wundert überdies, daß der konservative Herr Hartwig heute noch nicht aufgetreten ist und uns vom bunten Papier gesprochen hat. (Heiterkeit.) Diese Sache hat sich inzwischen als nicht ganz zutreffend erwiesen, trotzdem ist der Sachverständige in dieser Frage doch darauf „hineingefallen". (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Windthorst: Es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn in der Kommission etwas darüber verlautet worden wäre, wie man sich die weitere Entwicklung der Kolonialaussichtsrage denkt. Wie sollen wir uns hier für Etwas entscheiden, das wir nicht kennen? Soll ich eine Reise mitmachen, so muß ich wissen, wohin sie geht, sonst sage ich Nein! (Beifall im Centrum.) So weit ich bis jetzt sehen kann, handelt es sich allein um die Sache „Woermann contra Meier." (Heiterkeit.) Herr v. Helldorf hat ein lebhaftes Gehör für die Wünsche des Volkes. Ich sage aber, Kolonialpolitik setzt Kolonien voraus — und wo haben Sie die? — Mir scheint auch, nachdem wir so mancherlei bereits bewilligt haben, daß die ursprünglichen Grenzen der kanzlerischen Kolonialpolitik bereits überschritten sind. Wenn die Herren, die die Kolonialfrage im Lande so aufbauschen, wissen wollen, wie die Sache steht, so sage ich: die Kolonialpolitik kostet viele Millionen und die haben wir nicht, die muß das Volk auftreiben. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Helldorf: Abg. Windthorst hat mir ein feines Gehör für die Volkswünsche nachgerühmt, ich glaube, wenn er will, ist sein Gehör ebenso gut.

Abg. Woermann: Ich habe damals nur gesagt, einerlei ob das von Herrn Hartwig angeführte Beispiel wahr ist oder nicht, jedenfalls werden weitere Kreise der Industrie von dem vermehrten Export Vortheil haben. Mit der Ausdehnung des deutschen überseeischen Handels werden naturgemäß auch an die Marine erhöhte Ansprüche gestellt werden müssen. Auch früher schon hat die Marine mit bewaffneter Hand wiederholt den deutschen Handel im Auslande vertheidigt und je mehr sich unser überseeischer Handel ausdehnt, desto häufiger wird die Marine in Zukunft für ihn eintreten müssen. Wenn jetzt eine Kolonialpolitik ins Leben gerufen wird, so kommt der Schutz des Reiches nicht mehr dem Einzelnen, sondern Allen zu Gute, die in die Kolonien gehen wollen. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Meier-Bremen: Abg. Dr. Windthorst hat von einem Falle „Woermann contra Meier" gesprochen. Ich will darauf erwidern, daß wir in der Kommission rein sachlich uns bekämpft haben, daß keine persönliche Konkurrenz zwischen uns keineswegs besteht.

Hierauf wird Kap. 45 bis 52 der Ausgaben unverändert bewilligt.

In Kapitel 53 Titel 1 (Brotgeld) fordert der Etat 173,000 M.

Die Kommission beantragt, davon aus den Beständen des Vorjahres 53,000 M. in Abzug zu bringen, mithin nur 120,000 M. zu bewilligen.

Das Haus schließt sich ohne Diskussion diesem Antrage an und bewilligt Titel 2 und 3 nach dem Antrage der Kommission mit 2,530,000 und 194,400 M.

Bei Kapitel 55 (Servis und Garnisonverwaltung 755,694 M.) bedauert

Abg. Dr. Hänel, daß zu den Arbeiten in der Werft in Kiel Soldaten abkommandirt werden, wodurch die Handwerker in ihren berechtigten Ansprüchen beeinträchtigt werden.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Eine Beeinträchtigung der Handwerker liegt nicht vor, sobald nicht eine Zuwiderhandlung gegen den mit Handwerkern geschlossenen Kontrakt vorliegt. Im übrigen habe ich in dieser Frage das Interesse des Fiskus zu vertreten und dieser kommt bei der jetzigen Einrichtung sehr gut fort.

Abg. Dr. Hänel: Ich habe nicht die juristische Berechtigung dieser Einrichtung angezweifelt, sondern nur eine größere Schonung der Handwerker-Interessen gewünscht.

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapitel bewilligt.

Bei Kap. 6 (Werftbetrieb) Titel 1 (technisches Personal 553,050 M.) beschwert sich

Abg. Meister (Sozialdem.) darüber, daß in der Werfte zu Wilhelmshaven Arbeiter ohne Kündigung entlassen worden sind, weil sie sozialdemokratischen Vereinen angehörten.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Das Vorgehen des Werftdirektors hat meine vollständige Billigung. (Beifall rechts.) Die Arbeiter konnten den Statuten gemäß ohne Kündigung entlassen werden, da sie sozialdemokratische Stimmzettel vertheilt und einem Unteroffizier sogar sozialdemokratische Pamphlete zuzustecken versucht haben. Der Oberwerftdirektor wäre zu dieser Entlassung ohne Kündigung völlig berechtigt gewesen, er hat sie jedoch erst nach Ablauf einer Kündigungsfrist entlassen.

Abg. Meister: Der Chef der Admiralität hat uns geantwortet auf Grund des amtlichen Berichtes, der ihm geworden ist. Die Sache liegt aber wohl doch etwas anders. Auch glaube ich, er wird es nicht billigen können, daß z. B. der Sekretär der Werft in die Häuser der Arbeiter dringt und Haussuchungen hält! — In dem vorhin von mir erwähnten Falle handelt es sich doch nur um Verdachtsmomente und ich hätte gehofft, daß der Herr Chef der Admiralität hier Remedur zuschern würde.

Chef der Admiralität v. Caprivi: Der Sekretär in der Werft ist angestellt, um die Beschwerden der Arbeiter an das Ohr der Verwaltung zu bringen. Ich habe niemals Mißtrauen in die Berichte der Offiziere gesetzt und werde in diesem Vertrauen beharren, so lange mir nicht amtlich erwiesen wird, daß ich mich täusche. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Wenn die Fabrikordnung der Werften derartig ist, daß sie dem Arbeiter den Besuch und die Angehörigkeit zu gesetzlich bestehenden Vereinen verbietet, so muß freilich die Vorliebe für den Staatsbetrieb schwinden. Was sind das für Verhältnisse und wie soll es werden, wenn die große Zahl der staatlichen Eisenbahnbeamten ebenso behandelt wird? (Beifall links.)

Chef der Admiralität v. Caprivi: Ich werde, so lange ich im Amte bin, niemals gestatten, daß in die Marine das Gift der sozialdemokratischen Agitation getragen werde. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Ob Sie das für Gift halten oder nicht, gift uns gleich. Sie werden trotz alledem die Sozialdemokratie nicht von der Armee fernhalten, umsoweniger, wenn Sie die Arbeiter in den staatlichen Werkstätten in dieser Weise behandeln.

Die Diskussion wird geschlossen, die Position bewilligt unter fast einstimmiger Ablehnung eines Antrages des Abg. Kayser auf Streichung der Position.

Ohne Diskussion werden hierauf die weiteren Kapitel der Ausgaben, die einmaligen Ausgaben und das Einnahmekapitel unverändert bewilligt und damit die zweite Berathung des Marineetats beendet.

Hiermit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

T.-O.: Berathung über den Antrag des Abg. v. Wedell-Malchow (Börsensteuer).

Schluß 5 Uhr 35 Min.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

Abgeordnetenhaus.

4. Plenar-Sitzung vom 20. Jan.

Am Ministertische von Puttkamer, von Scholz, Dr. Lucius, Maybach, Goßler.

Präsident von Köller eröffnet die Situng um 11 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl eines Schriftführers an Stelle des Abg. Steffens.

Auf Antrag des Abg. Frhrn. v. Schorlemer-Alst wird Abg. Sachse zum Schriftführer durch Acclamation gewählt.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.

Abg. v. Huene (Centr.): Die gestrige Rede des Herrn Finanzministers wäre, wenn man sie nach ihrer Stimmung bezeichnen wollte, mit „rosa" zu bezeichnen. (Beifall links.) Der Finanzminister hat von einem Defizit im Reiche gesprochen, ich kann ihm in dieser Bezeichnung nicht folgen, denn der Herr Reichskanzler hat uns belehrt, daß wir das Wort Defizit nicht brauchen dürften. Wollte ich das Wort trotzdem gebrauchen, so müßte ich befürchten, den Vorwurf zu hören, daß wir den Reichsgedanken nicht verstehen, und große Entrüstungsadressen von Männern oder noch mehr von Damen (Heiterkeit) würden sich kundgeben oder vielmehr gemacht werden. Der Finanzminister hat unsere Finanzen als befriedigend bezeichnet — ich sollte meinen, wenn wir die preußischen Finanzen betrachten, hört die Befriedigung auf. (Beifall links und im Centrum.) Minderausgaben haben sich zunächst bei der Justizverwaltung ergeben; wenn man von Anfang die Organisation angenommen hätte, zu der man sich jetzt endlich entschließen will, wäre man viel besser gefahren. Ich gönne von ganzem Herzen jedem Beamten ein hohes Gehalt, wenn wir das Geld dazu haben. Bei der Verwaltung der indirekten Steuern sind 1227 Beamte mit einem Gehalt von 2 Mill. M. beschäftigt, bei der Justizverwaltung zwei Beamte weniger — das Gehalt beträgt aber hier für dieselben Dienstleistungen mehr als 3 Mill. M. Die Eisenbahnverwaltung ist noch immer in der Entwicklung begriffen. Neben den rentabeln Bahnen werden auch die unrentabeln Bahnen angekauft werden und dann haben wir das Eisenbahnmonopol. Im Jahre 1878 hatte der Staat 5172 Bahnbeamte, jetzt besitzt er nicht weniger als 56,505 Beamte. Der Herr Eisenbahnminister ist damit der mächtigste Mann im Lande. (Heiterkeit.) Jeder erwartet von ihm Hilfe, wir alle — gestehen Sie's nur, haben jeder eine Eisenbahn in der Tasche, die wir gebaut haben wollen. (Heiterkeit.) Wenn die Finanzlage unserer Eisenbahnverwaltung übrigens nicht gut ist, so rathe ich dem Minister, sich um Beihilfe an die Reichspostbehörde zu wenden, die ist, nach ihren Prachtbauten zu rechnen, eine sehr wohlhabende Behörde. (Heiterkeit.) Vielleicht könnte man von dort auch die Mittel beziehen, um die in Frage gestellten Fahrkarten für die Reichstagsabgeordneten zu bestreiten. (Beifall links und im Centrum.) Unser diesjähriges Extraordinarium ist um 10 Millionen geringer angesetzt, als im vorigen Etat — ich will das nicht tadeln; wenn man knapp im Gelde ist, muß man Haus halten, aber dann kann man doch nicht von einer günstigen Finanzlage sprechen. Wie sollen nun bessere Finanzen geschaffen werden? Von der Regierung sind uns keine Vorlagen gemacht, nur aus dem Reichstage heraus ist der Vorschlag einer Börsensteuer gemacht worden. Wir haben in Aussicht gestellt bekommen den sogenannten Erlaß der dritten und vierten Klasse. Es ist nur ein sogenannter Erlaß, denn Dank der Steuerschraube wird schon eine Verschiebung in die höheren Stufen stattfinden. — So lange aber bei uns in Preußen das staatsbürgerliche Recht auf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18850122023/fragment/page=0001

der direkten Steuer beruht, so lange werden wir uns sträuben, Millionen von Staatsbürgern ihre staatsbürgerlichen Grundlagen zu entziehen. — Es ist anzunehmen, daß im Reichstage eine Erhöhung der Getreidezölle geschaffen wird; die Zuschüsse, die Preußen dadurch zu erwarten hat, bitte ich aber dringend nicht anders, als auf Entlastung der Kommunen zu verwenden. Dann wird das Geld nicht nach Afrika wandern, sondern im Lande bleiben. (Beifall im Centrum). Nach welchem Maßstabe soll nun die Ueberweisung an die Kommunen stattfinden? Grund- und Gebäudesteuersumme Plus Bevölkerungszahl sollen nach meiner Ansicht den Maßstab der Zuweisung bilden. Den Kommunalverband, der den verwiesen werden soll, zu finden, wird ja von Jahr zu Jahr leichter. Vielleicht ziehen Sie diesen meinen Vorschlag vorläufig in Erwägung. An die Behandlung des Etats aber bitte ich Sie mit dem Motto heranzutreten: „Daumen auf den Beutel!" (Beifall im Centrum.)

Finanzminister v. Scholz: Ich muß dem Vorredner erwidern, ich färbe nicht, weder rosa, noch grau, noch schwarz. Ich biete Ihnen die trockenen Zahlen, weiter nichts. Der Vorredner hat mir den Ausdruck Defizit vorgeworfen. Der Streit im Reichstage ging darauf hinaus, ob die Erhöhung der Matrikularbeiträge für den Reichstag ein Defizit bedeute. Das ist mit Recht vom Herrn Reichskanzler bestritten worden, denn die Deckung für die Forderungen ist ja da. Aber in Bezug auf den Fehlbetrag, der sich ergeben hat, muß man doch von einem Defizit sprechen. Die Zweifel an meiner gestrigen Versicherung von der Absicht der Regierung, größere Summen zur Schuldentilgung zu verwenden, werden doch durch die Angaben des Kap. 36a im Etat widerlegt. Auf die Bemerkungen bezüglich der Börsensteuer ꝛc. will ich nicht eingehen, aber wenn der Vorredner gesagt hat, er wolle vor dem sogenannten Erlaß der dritten und vierten Stufe warnen, so ist das sehr bedauerlich. Es hat mich überrascht, daß er auf den Einwurf zurückgekommen ist, die Steuerschraube würde schon in die höheren Stufen führen. Gegen diese Unterstellung muß ich protestiren. Die Regierung würde sicher sogar die vierte und fünfte Klasse aufheben. (Bewegung.) Auf die Ausführungen des Vorredners in Bezug auf die Getreidezölle will ich mir die Reserve auflegen nicht zu antworten. Dem Abg. Rickert möchte ich erwidern, indem ich Sie warne, bei dem, was Sie den Kommunen zuwenden wollen, sich nicht auf schwankende Ueberweisungen einzulassen. In dieser Beziehung unterscheide ich mich durchaus von meinem Amtsvorgänger. Ich habe von Anfang an in dieser Weise gewirkt und so würde ich auch dasjenige behandeln, was wir den Kommunen zuweisen wollen. Abg. Rickert hat mir vorgeworfen, daß er 26 Zeilen meiner vorjährigen Rede in den Stenogrammen fettgedruckt gefunden hat. Ich kann den Gebrauch des fetten Druckes aber doch keineswegs als eine Anmaßung ansehen, ich thue es, um die Auffindung markanter Stellen zu erleichtern. Abg. Rickert meinte gestern, „es scheint mir, daß der Herr Finanzminister diesmal weit weniger freudig die Finanzpolitik des Reiches gepriesen hat." Das ist unrichtig, ich habe mit derselben Befriedigung, mit derselben Freudigkeit wie im Vorjahre die Vortheile der Finanzpolitik des Reichskanzlers anerkannt. Ein Abgeordneter, der wie Herr Rickert sich zu der Politik bekennt: absolute Trennung zwischen den Ausgaben und Einnahmen des Reiches und den Ausgaben und Einnahmen Preußens, dem muß freilich die Existenz von Bedürfnissen unbequem sein. Abg. Rickert tadelt den Stempelsteuerentwurf — mag er uns doch einen besseren bezeichnen. Ich glaube, es würde ihm gehen wie den Heidelbergern, die eine Börsensteuer wünschten. Alle Welt fragte sie, wo ist Euer Entwurf? Es hat lange gedauert, bis die Herren sich zu dem Entwurfe entschlossen haben, und nun dürfte sich zeigen, daß der Entwurf wohl auch die Sache nicht bessert. Als letzten Punkt der Widerlegung des Abg. Rickert möchte ich den Vorwurf des Fiaskos der Finanzpolitik wählen. Abg. Rickert hat diese Ausführungen schon oft gemacht; wollte ich ihm ebenso oft darauf antworten, so würde kraft der Legendenbildung schließlich doch der Nachtheil auf seiten der Regierung sein. Ich wiederhole aber, daß der Herr Reichskanzler keineswegs unerfüllbare Versprechungen gemacht, vielmehr um Ihren Beistand fast gebettelt hat. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda: Die Bezeichnung der preußischen Finanzlage als einer „an sich" günstigen scheint mir durchaus richtig, es ist bei uns gegen früher eine wesentliche Besserung der Finanzverhältnisse eingetreten. Was die Eisenbahnverwaltung betrifft, so ist zu konstatiren, daß sich keine bei Inangriffnahme der Verstaatlichung ausgesprochenen Befürchtungen bestätigt hat. Im einzelnen zeigen die Spezialetats ein erfreuliches Bild, und wäre nicht die Erhöhung der Matrikularbeiträge, dann könnte auch bereits eine gewisse Erleichterung in anderer Hinsicht eintreten. Wir werden im Reiche zwar die Erhöhung der Matrikularbeiträge durch Ersparnisse am Budget um ein Drittel reduziren, aber zwei Drittel bleiben doch noch zu decken. Und frühestens erst in zwei Jahren haben wir Aussicht, die Krise in der Zuckerindustrie zu überwinden. Die Börsensteuer wird einzuführen gewinscht, ob aber das Gesetz zu stande kommt, ist fraglich. Wahrscheinlich ist nur, daß die Getreidezölle angenommen werden. — Bei der Finanzlage, in der wir uns befinden, trent es mich anerkennen zu können, daß im Etat wesentliche Kulturzwecke nicht vernachlässigt sind. Was die Reform der direkten Steuern betrifft, so habe ich mit Schrecken vernommen, daß der Finanzminister daran denkt, bis zur 6. Stufe den Erlaß herbeizuführen. Ich glaube, eine gesunde Finanzpolitik verträgt eine solche weitere Abbröckelung unseres bisherigen Systems nicht. Redner beantragt schließlich die Ueberweisung einer Anzahl von Kapiteln an die Budgetkommission.

Abg. Moeren (Centrum) beklagt, daß die längst versprochene Entlastung der Kommunen noch immer nicht herbeigeführt sei. Der Etat würde ein weit günstigeres Bild gewähren, wenn der Kulturkampf beendigt wäre, dann würde man die Ausgaben für Besserung verwahrloster Kinder, für den kirchlichen Gerichtshof u. a. sparen können.

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Abg. Rickert hat kein Recht, wegen der Erhöhung der Matrikularbeiträge, welche ein Defizit bewirkt, irgend jemand einen Vorwurf zu machen. Im ganzen biete der Etat kein unerfreuliches Bild. Redner geht sodann auf die Lage der Landwirthschaft über und bezeichnet sie als eine sehr trübe. Die Zuckerkrise sei bezeichnend für die Lage der Landwirthe, die große Konkurrenz und Ueberproduktion in der Zuckerindustrie sei veranlaßt worden durch die Verlegenheit der Landwirthe, welche mit anderen Betrieben gar keine Resultate mehr erzielten. Die Getreidezölle müssen erhöht werden, das Brot wird dadurch nicht theurer, und wenn der jetzige Reichstag nicht die Energie hat, die Zölle zu bewilligen, wird er bald einen Nachfolger finden. An dem Ziel der Reform der direkten Steuern und Vermehrung der Reichseinnahmen durch Erhöhung der indirekten Steuern werden wir festhalten. Wir haben aber alle soviel Demagogie zu bekämpfen, daß die politischen Parteien nicht auch solche treiben sollten und gegenüber den sozialen Gefahren ist es auch nöthig, daß der Kulturkampf aufhöre. Wir sind in der letzten Session der Legislaturperiode; so unfruchtbar, wie Herr Rickert behauptet, sind die beiden vorigen Sessionen nicht gewesen, und die Konservativen haben keineswegs die Majorität im Hause, daß man sie für das Scheitern verschiedener Vorlagen verantwortlich machen könnte. (Beifall rechts.)

Minister Maybach: Bei der Etatsaufstellung sind wir mit größter Vorsicht zu Werke gegangen, wir haben die Einnahmen möglichst niedrig veranschlagt und doch für Meliorationen und Gehaltsaufbesserungen größere Summen ausgeworfen. Das Gesammtergebniß kann als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Abg. Büchtemann bedauert, daß Abgeordneter Rickert durch das gleichzeitige Tagen des Reichstags verhindert sei, hier dem Abgeordneten v. Minnigerode zu erwidern und wendet sich gegen dessen Behauptung, daß die Zuckerkrise eine Folge der schlechten Lage der Landwirthschaft sei. Die große Exportdonifikation habe die Krise verschuldet, die Gesetzgebung, welche die Großgrundbesitzer auf Kosten der minder begüterten Klassen bevorzuge. Gegen diese Tendenz werde die Linke auch ferner ankämpfen. Der Kleingrundbesitz, der Bauernstand leide keine Noth, aber der Großgrundbesitz sei vielfach verschuldet. Es sei zweifellos, daß der Roggenzoll das Brot vertheuere. Die neuere Wirthschafts- und Sozialpolitik führe den sozialen Frieden. Diese Politik vermehre die Anhänger der Sozialdemokratie, wir werden ihr nicht folgen und hoffen, die Zukunft wird uns Recht geben.

Minister v. Scholz weist darauf hin, daß die Zuckerkrise nicht nur in Deutschland, sondern zugleich in Oesterreich, Dänemark u. s. w. ausgebrochen sei. Unsere Gesetzgebung trage also nicht allein die Schuld an der Krise. Im übrigen warnt der Minister davor, auch ferner die unrichtige Behauptung ins Volk zu schleudern, daß die Regierung auf Kosten der Besitzlosen die Besitzenden bereichern wolle. Durch solche Behauptungen werde der soziale Friede in schlimmster Weise gefährdet.

Um 4 Uhr wird die Fortsetzung der Debatte bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	19. Jan.	20. Jan.
Granulated	24,50 M.	—
Krystallzucker I.	24,00—24,25 M.	—
Krystallzucker II.	—	—
Kornzucker 96 %	19,90—20,30 M.	19,80—20,20 M.
Kornzucker 95 %	18,90—19,10 M.	18,80—19,10 M.
Korn. Rend. 88 %	18,90—19,10 M.	18,80—19,10 M.
Nachprod. 88-92 %	14,40—16,40 M.	14,40—16,40 M.
do. Rend. 75 %	15,60—16,00 M.	15,60—16,00 M.

Tendenz am 20. Jan.: Ruhig.

	19. Jan.	20. Jan.
Brodraffinade	26,50—27,00 M.	26,50—27,00 M.
Brodmelis*	26,00 M.	26,00 M.
Gem. Raffinade	24,00—25,25 M.	24,00—25,25 M.
Gem. Melis I.	23,50 M.	23,50 M.

Tendenz am 20. Jan.: Unverändert.

Die Preisen der Kaufmannschaft.

* Paris, 20. Jan. (Telegr.) Rohzucker 88° fest, loco 33,75 f. — —. Weißer Zucker geschäftslos, Nr. 3 pr. 100 kg pr. Jan. 41,00, pr. Febr. 41,25, pr. März-Juni 42,10, pr. Mai-Aug. 43,00.

* London, 20. Jan. (Telegr.) Havannazucker Nr. 12 13 nom. Rübenrohzucker 10½ träge.

* New-York, 19. Jan. (Telegr.) Fair refining Muscovadeß 4,72½.

Kaffee.

* Hamburg, 20. Jan. (Telegr.) Ruhig. Umsatz 2000 Sack.

* New-York, 19. Jan. (Telegr.) (Fair Rio-) 9,55.

Hopfen.

* Nürnberg, 19. Jan. (Bericht von Leopold Held.) Vorgestern und gestern war der Markt ziemlich ruhig und wurden an beiden Tagen zusammen nur ca. 400 Ballen verkauft, welchem Umsatz mindestens gleich große Zufuhren gegenüber stehen. Heute zeigt sich wieder regere Frage und beträgt der Umsatz bis Mittag 300 Ballen. Der Preisstand weist keinerlei Veränderungen auf. Gesucht sind feine Hallertauer zu 90—95 M. und gute grüne Mittelhallertauer und Würtemberger zu 82—88 M. Weiteres werden auch farbige Mittelelsäßer zu 66—68 M. gekauft. Für Export sind leichte grüne Hopfen, die nicht über 60 M. kosten dürfen, mäßig gefragt. Stimmung ist ruhig. (Wiederholt.)

Kartoffeln.

* Berlin, 19. Jan. (Marktpr. nach Ermittl. des kgl. Pol.-Präs.) Kartoffeln 3,75—6,25 M. pr. 100 kg.

* Nordhausen, 20. Jan. Kartoffeln 5,50—6,00 M. pr. 100 kg.

Hanf.

* Petersburg, 20. Jan. (Telegr.) Hanf loco 45,00.

Leipziger Börse vom 20. Januar.

Rt.	Kgl.	Sächs.		M.
3	Renten-Anl.			85,80 bⅢ
3	do.		1000	85,80 B
3	do.		500	86,25 bⅢ
3	do.		500	86,25 bⅢ
			Thlr.	
3	Staatsanl.	1855	100	94,30 G
4	do.	1847	500	101,50 G
4	do.	1870	100	105,00 B
4	do.	1870	50	102,60 G

Div.	Eisenb.-St.-Akt.		Div.	Bkg. Malsf. Schtend.	
10½	Altenburg-Zeitz	208,00 G	14	Thür. Gasgel. i. Lpz.	206,00 G
14½	Aussig-Teplitz	270,00 G	8	do. Stamm-Pr.	139,00 G
7½	Böhm. Westb. [5%] g.	122,50 G	8	do. Stamm-Pr.	141,50 G
9.52	Buschtiehrad. Lit. A.	142,50 G	7	Kette-Gilb.-Akt.	127,50 G
3½	do. = B.	79,00 G	2½	Zuckerraffinerie Halle	118,50 G
9	Dux-Bodenbach	152,00 B	15	Sächs.-Thür. Pr.-B. St.	201,00 B
5	Franz-Jos.-B. [5%] ab.	86,50 B	15	do. St.-Prior.	201,00 B
			8	Ver. Schfl.-Fb. Paraf. u. Solaröl St.-Pr.-A.	127,50 G
	Eisenb.-St.-P.-A.			Zeitzer Par. u. St.-Pr.	141,75 G
9½	Altenburg-Zeitz	103,25 G		Ausl. Eis.-P.-Obl.	
9	Dux-Bodenb. Lit. A.	— —	%		
5	do. = B.	— —	4½	Aussig-Teplitzer	103,50 B
5	Halle-Sorau-Guben	122,50 B	5	Böhm. Nordbahn	99,50 G
	Bank- u. Cred.-Akt.		4	do. do. Gold	95,00 bⅢ
10	Allg. D. Cr.-A. Lpz.	177,25 G	5	Buschtiehr. [u. Nbn.]	85,15 G
8	Dresdener Bank	124,40 bⅢ	5	do. Em. 1871	85,15 G
7	Leipziger Bank	135,50 bⅢ	5	do. = 1872	85,15 G
5½	do. Kassen-Verein	106,75 B	4½	do. Gold	103,50 B
7	do. Dist.-Gesellsch.	107,50 bⅢ	5	Dux-Bodenbach	86,50 G
5½	Sächs. Bank	119,50 G	5	do. Em. 1871	85,00 B
5	Weimar. Bank, neue	77,50 G	5	do. = 1874	105,80 B
0	Zwickauer	90,00 bⅢ	4½	Graz-Köflacher	78,25 G
	Ind.-Akt., Pr. und Stamm-Prior.		5	do. Em. v. 1871 u. 72	83,35 bⅢ
			5	Kaschau-Oderberg	82,60 G
18	Crölln. Papierfabr.	213,00 B	4	Prag-Duxg	94,30 G
—	do. do. Schuldverschr.	103,50 G	5	do. Gold	105,25 G
7½	Dörtzewig-Kattun.	122,75 G	5	Prag-Turnau	99,50 G

Berliner Börse, 20. Januar.

Preuß. u. Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	103,70 bⅢ
Preuß. konsol. Staats-Anl.	4½	103,60 bⅢ
do. do. do.	4	103,40 bⅢ
Staats-Schuldscheine	3½	99,60 G
Staats-Pr.-Anleihe 1855	3½	145,30 bⅢ
Berl. Stadt-Obligation	4	102,20 B
Provinzial-Pfandbriefe.		
Landschaftliche Central	4	102,80 G
Posensche, neue	4	101,60 bⅢ
Sächsische	4	— —
Renten-Briefe.		
Pommersche	4	101,90 bⅢ
Posensche	4	101,80 G
Preußische	4	101,90 B
Sächsische	4	101,80 B
Schlesische	4	102,10 G
Bad. Prämi.-Anleihe 1867	4	131,90 B
do. 35 Fl.-Obligationen	—	269,00 G
Bayer. Prämien-Anleihe	4	134,00 bⅢ
Braunschw. 20 Thlr.-Loose	—	96,50 G
Bremer konsol. Anleihe	4	103,00 B
Köln-Mind. Pr.-A.-Sch.	3½	125,25 bⅢ
Hamburger Staatsrente	3½	94,20 B
Meininger Loose	—	25,00 B
Oldenburger 40 Thlr.-Loose	3	143,25 G
Sächsische Staats-Anleihe	4	103,25 G
do. Rente	3	85,80 B
In- und ausländische Hypotheken-Pfandbriefe.		
Anhalt-Dessauer Pfandbriefe	5	101,10 bⅢ
Deutsche Hypothekenbank	4	91,00 G
Gothaer Präm.-Pfandbr. I.	5	94,25 bⅢ
do. do. II.	5	93,25 bⅢ
Hamb. Hyp.-Bank-Pfandbr.	4	95,40 bⅢ
Pr. Bodencrk.-H.-Pfd. unkdb.	5	116,80 B
do. Ser. III.	5	103,10 G
do.	4	99,00 bⅢ
Preuß. Centb. unkündb.	5	114,00 G
do. do. 100 rdg.	5	161,70 B
do. do. 100 rdg.	4½	102,50 B
do. do.	4	100,40 B
do. Hypothek. IV.	5	— —
do. do. VII. X.	4½	102,00 bⅢ
do. do. VIII.	4	99,00 bⅢ
Russ. Bodencredit Pfandbr.	5	94,30 bⅢ
do. Centralbodencred. Pfdb.	5	88,00 bⅢ
Ausländische Staats- und Comm.-Papiere.		
Italienische Rente	5	97,90 B
Oesterreich. Papier-Rente	4½	68,40 B
do. Silber-Rente	4½	69,25 bⅢ
do. Gold-Rente	4	88,00 bⅢ
do. Kredit 1858	—	304,40 bⅢ
do. 1860er Loose	5	120,00 B
do. 1864er Loose	—	101,75 B
Rumänische Staats-Rente	6	103,75 G
do. fund. do.	5	99,80 B
do. amort. do.	5	95,40 B

Russ.-Engl.-Anl. konf. de 1870.	5	99,00 bⅢ
do. do. de 1871.	5	97,10 B
do. 77 (Wlb. St. à 20 Rl.)	5	99,50 G
do. 80 (Wlb. St. à 20 Rl.)	4	82,25 B
do. Orient-Anleihe II.	5	64,10 bⅢ
do. Pr.-Anl. de 1864.	5	144,25 bⅢ
do. Pr.-Anl. de 1866.	5	129,25 bⅢ
Russ. Neue 1883	6	109,00 bⅢ
Russisch-Polnische Schatz	4	91,25 bⅢ
Schwed. Staats-Anleihe 1875	4½	103,60 G
do. Hypoth.-Pfandbr.	4½	100,25 B
do. do.	4	96,20 B
Ungar. Gömörer Pfandbr.	5	101,50 B
do. Gold-Rente	6	79,70 B
do. do.	4	80,50 B
do. Gold-Invest.-Anleihe	5	99,90 B
do. Papier-Rente	5	76,90 bⅢ
do. Eisenbahn-Anl.	5	100,90 B
In- u. ausl. Eisenbahn-St. u. St.-Prior.-Aktien.		
Aachen-Mastricht	4	60,00 bⅢ
Altona-Kiel	4	237,60 B
Aussig-Teplitz	4	272,50 G
Berlin-Dresden	4	17,40 bⅢ
do. Hamburg	4	226,25 G
Böhmische Westbahn	4	122,60 bⅢ
Breslau-Schw.-Freiburg	4	116,10 G
Buschtiehrader Lit. B.	4	79,10 B
Dortmund-Gron.-Enschede	4	60,10 bⅢ
Dux-Bodenbach	4	151,50 B
Galizier (Karl Ludwig)	4	109,40 B
Gotthardbahn	4	108,00 bⅢ
Halle-Sorau-Guben	4	52,25 bⅢ
Kronprinz Rudolfbahn	5	75,50 B
Ludwigshafen Berbach	4	213,25 B
Mainz-Ludwigshafen	4	109,10 B
Mährisch-Schles.-Mlawka	4	82,90 B
Niederschlesisch-Märkisch gar.	4	101,30 G
Nordhausen-Erfurter	4	53,30 bⅢ
do. St.-Akt. abgest.	4	58,60 bⅢ
Oberschlesische Lit. A. C. D. E.	3½	271,25 bⅢ
do. Lit. B.	3½	— —
Oesterreichische Nordwestbahn	5	286,50 bⅢ
do. (Elbthal)	4	— —
Oesterreichische Südbahn	4	102,40 bⅢ
do. do. alt.	4	102,30 bⅢ
Russische St. gar. (Rz. 125)	5	131,60 G
do. Südwestbahn	5	64,20 bⅢ
Rybinsk-Bologoe	5	93,50 bⅢ
do. 2. Em.	5	82,75 bⅢ
Saalbahn	5	102,50 bⅢ
Stargard-Posener gar.	4½	103,00 G
Südösterreich. St. (Lomb.)	4	— —
Warschau-Wien	4	209,90 B
Werrabahn	4	86,40 B
Stamm-Prioritäts-Aktien.		
Berlin-Dresden	5	44,75 bⅢ
Halle-Sorau-Guben	5	122,20 bⅢ
Magdeburg-Halberstadt Lit. B.	3½	— —
Marienburg-Mlawka	5	113,90 bⅢ
Nordhausen-Erfurt	5	111,50 bⅢ
Oberlausitzer	4	74,60 bⅢ
Ostpreußische Südbahn	5	118,00 bⅢ
Rjazsk-Morcansk	5	99,90 B

Saalbahn	5	102,50 bⅢ
Weimar-Gera	5	70,50 G
Bank-Aktien.		
Aachener Diskonto	4	107,30 G
Berliner Kassen-Verein	4	131,25 G
do. Handelsgesellschaft	4	154,00 bⅢ
do. Makler-Verein	4	109,25 G
Börsen-Kommissionsbank	4	107,60 bⅢ
Börsen-Handels-Kredit	4	136,50 G
Braunschweiger Bank	4	97,60 bⅢ
do. Kredit	4	113,10 G
Bremer Bank	4	109,00 bⅢ
Breslauer Diskonto Friedrichl.	4	84,00 bⅢ
Chemnitzer Bank-Verein	4	92,25 B
Koburger Kredit	4	71,40 bⅢ
Danziger Privatbank	4	123,60 G
Darmstädter Bank	4	149,70 bⅢ
do. Zettelbank	4	111,60 G
Deßauer Landesbank	4	122,50 B
Deutsche Bank	4	151,40 B
do. Genossenschaft	4	132,50 G
Diskonto-Kommandit	4	204,50 B
Dresdener Bank	4	123,00 bⅢ
Effekten-Maklerbank	4	107,25 bⅢ
Geraer Bank	4	89,75 G
Getreide-Maklerbank	4	110,25 G
Gothaer Zettelbank	4	117,10 G
Hannoversche Bank	4	113,00 G
Königsberger Vereinsbank	4	101,00 G
Landwirthschaftliche Bank	4	87,50 G
Leipziger Kredit	4	177,25 G
do. Diskonto	4	107,80 bⅢ
Luxemburger Bank	4	126,60 bⅢ
Magdeburger Bank-Verein	4	104,90 bⅢ
do. Privatbank	4	— —
Mainzer Bank	4	126,25 bⅢ
Meininger Kredit	4	90,90 bⅢ
Nationalbank f. Deutschland	4	90,75 bⅢ
Nordsächs. Grund-Kreditbank	4	39,70 bⅢ
Oesterreichische Kredit-Anstalt	4	509,00 bⅢ
Preuß. Boden-Kredit-Anstalt	4	101,40 bⅢ
do. Centralbodenkredit	4	127,00 bⅢ
do. Hyp.-Aktienbank	4	89,75 bⅢ
do. Immobilienbank	4	107,00 bⅢ
Reichsbank-Anteilscheine	4½	143,00 bⅢ
Sächsische Bank	4	119,70 B
Schaafh. Bank-Verein	4	86,75 G
Schlesischer Bank-Verein	4	101,10 bⅢ
Süddeutscher Bodenkredit	4	134,50 bⅢ
Vereinsbank Berlin	4	110,40 G
Weimarische Bank	4	77,80 G
Westfälische Bank	4	102,75 B
Eisenbahn-Prior.-Aktien und Obligationen.		
Berg.-Märk. III. A. 3½ g.	3½	96,60 bⅢ
do. do. VI.	4½	105,00 G
do. do. VII. konv.	4½	103,20 G
do. do. IX.	5	101,90 B
do. (Nordbahn)	4½	103,50 G
Berlin-Anhalt	4½	103,75 G
Berlin-Dresden gar.	4½	104,00 bⅢ
Berlin-Görlitz konv.	4½	103,40 B
Berlin-Hamburg. III konv.	4½	103,25 B
Berlin-Kotzbdm-Magd. D.	4½	103,50 B
Berlin-Stettin gar.	4	102,25 G

Braunschw. Eisenb. Prt.	4½	— —
Breslau-Schw.-Frb. G.	4½	103,30 G
Breslau-Schw.-Frb. II.	4½	103,30 G
Köln-Minden IV.	4	101,90 B
do. VI.	4½	105,75 G
do. VII.	4½	103,30 bⅢ
Halle-Sorau u. St. g.	4½	103,40 B
Magdeb.-Halberst. de 1865	4½	133,40 G
do. Leipzig A.	4½	105,40 B
do. do. B.	4	102,75 bⅢ
do. Wittenberge	3	86,80 G
Mainz-Ludw. gar. konv.	4	101,60 G
do. 1873r I., II.	5	101,00 bⅢ
do.	4	— —
Niederschl.-Mrk. I.	4	101,30 G
Oberschles. gar. Lit. E.	3½	97,00 B
do. 4½ gar. Lit. H.	4½	103,50 G
do. Em. v. 73	4	— —
do. do. 79	4½	105,75 B
do. do. 80	4½	103,50 G
Rechte Oder-Ufer	4½	103,30 G
Rheinische III. E.	4½	103,20 G
Thüringer I. Serie	4	— —
do. IV. Serie	4½	— —
do. VI. Serie	4½	— —
Albrechtsbahn gar.	5	82,10 G
Dux-Bodenbach II.	5	84,70 G
do. III.	5	105,20 G
Dux-Prag	fr.	— —
Galiz.-Karl-Ludwigsbahn	4½	82,20 G
Kaschau-Oderberg	5	82,90 bⅢ
do. Gold	5	102,00 G
Kronprinz Rudolf 84	4	72,00 bⅢ
Lemberg-Czernow. IV.	5	83,00 G
Oesterr.-Franz. Stb., alte	3	400,00 bⅢ
do. 1874	3	395,60 B
do. Erzg.-Retz. neue	5	389,75 B
do. Gold.-Pr.	4	98,70 bⅢ
Oesterr. Nordwestbahn	5	85,20 bⅢ
do. 1874r Gold-Pr.	5	105,00 bⅢ
Pilsen-Prieser	fr.	72,30 bⅢ
Südöstl. Bahn (Lomb.)	3	309,00 bⅢ
do. Oblig.	5	104,20 bⅢ
Ungar.-Gal. Nordostbahn	5	81,10 bⅢ
do. do. Gold	5	101,50 bⅢ
Ostbahn I.	5	31,40 B
do. do. II.	5	100,40 bⅢ
Charkow-Azow	5	100,10 G
Jyangor.-Dombrowo	4½	92,10 bⅢ
Große Russische	3	72,50 bⅢ
Koslow-Woronesch.	5	100,60 bⅢ
Kursk-Kiew	5	102,75 bⅢ
Moskau-Jsjäsan	5	105,30 B
do. Smolensk	5	100,40 B
Rjäsan-Koslow	5	102,25 bⅢ
Russ. Nikolai-Obligation	4	84,30 G
Schuja-Jwanowo	5	99,50 bⅢ
Transkaukasische	3	64,75 B
Warschau-Wien IV.	5	103,20 B
do. V.	5	103,00 bⅢ
Zarskoe-Selo	5	67,00 B
Industrie-Papiere.		
Ahrens Brauerei (Moabit)	4	94,75 bⅢ
Berliner Brauerei Tivoli	4	122,00 bⅢ
do. Unionbrauerei	4	98,75 bⅢ
do. Bock-Brauerei	4	101,75 bⅢ
do. Masch.-F. (Schwartzk.)	4	244,75 bⅢ

Berliner Große Pferdebahn	4	210,75 bⅢ
do. Allgem. Omnibus	4	171,75 G
Egest Maschinenfabrik	4	128,50 bⅢ
Anhalter Maschinen	4	90,50 B
Brest. Waggon-Fabr. (Linke)	4	183,00 bⅢ
Hallesche Maschinen-Fabrik	4	230,00 bⅢ
Sächsische Masch. (Hartmann)	4	136,00 bⅢ
do. Stickmasch.-Fabrik	4	123,90 B
Chemnitzer Werkz. (Zimmermann.)	4	93,80 G
Zeitz Maschinen Schaede	4	169,00 G
Bonifacius	4	64,50 G
Bochumer Gußstahl	4	128,50 B
Kölner Bergwerk	4	18,75 B
Donnersmarckhütte	4	52,50 bⅢ
Dortmunder Union	4	— —
Dortm. Stamm-Prior. Lit. A	4	59,60 bⅢ
Gelsenkirchen Bergwerk	4	113,50 G
Harpener Bergwerk	4	— —
Hibernia & Shamrock	4	95,30 G
Hörder Bergwerk	4	22,00 bⅢ
Königs- u. Laurahütte	4	99,20 bⅢ
Lauchhammer konv.	4	83,25 bⅢ
Louise Tiefbau	4	43,50 bⅢ
Magdeburger Bergwerks-Akt.	4	202,50 B
do. St.-Pr.	5	— —
Phönix A.	4	74,00 G
Sächsisch-Thür. Braunkohlen	4	— —
do. do. St.-Prior.	5	— —
do. do. St.-Pr.	4½	104,00 B
Kordsdorf Zucker-Fabrik	4	95,85 bⅢ
Glanzig Zucker-Fabrik	4	57,70 bⅢ
Dessauer Gas	4	196,00 B
Magdeburg allgem. Gas	4	137,10 G
Crölkwitzer Papier-Fabrik	4	218,50 bⅢ
Eilenburger Kattun	4	— —
Greppiner Werke	4	85,00 B
Leopoldstädter Verein	4	94,10 bⅢ
Voigt & Winde Gummi	4	193,00 bⅢ
Bolzi & Schlüter Gummi	4	136,00 bⅢ
Krupp Partial-Obligat.	5	110,80 bⅢ
Dortmunder Union-Obl.	5	106,10 bⅢ
do. Henckel Bergw.-Obl.	4½	102,80 G
Wöhlert Masch.-Obl.	5	— —

Wechselkurs.

Amsterdam	100 fl.	8 T.	169,20 bⅢ
Brüssel u. Antw.	100 fr.	8 T.	80,85 G
London	1 Lstr.	8 T.	20,46 bⅢ
Paris	100 fr.	8 T.	80,80 bⅢ
Wien österr. W.	100 fl.	8 T.	165,40 bⅢ
Petersburg	100 SR.	3 W.	211,70 bⅢ

Bank-Diskonto.

Berlin 4%, (Lombard 5). Amsterdam 3. Brüssel 5. London 5. Paris 3. Petersburg 6. Wien 4.

Gold, Silber und Banknoten.

Souvereignes	20,30 bⅢ
Englische Banknoten	20,48 G
Napoleonsdor	16,175 bⅢ
Dollars	4,18 G
Imperials	16,73 G
Französische Banknoten	80,05 bⅢ
Oesterreichische Banknoten	168,70 bⅢ
do. Silbergulden	— —
Russische Banknoten	212,75 bⅢ

Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18850122023/fragment/page=0002